

TauBlog

Écrasez l'infâme!

Gesparte Diskussion

André Tautenhahn · Wednesday, January 20th, 2021

Helfen Sie der Bundesregierung aus der Pandemie-Patsche und kaufen Sie bessere Masken. Die bisherigen seien zwar nicht schlecht, eifrige Faktenchecker haben das ja immer wieder bestätigt, doch nun werde das Virus halt gefährlicher. Also vermutlich. Denn so genau weiß man das immer noch nicht oder besser gesagt, man will es wohl so schnell nicht wissen, um sich die Suche nach neuen Begründungen für weitgehend wirkungslose Maßnahmen vorerst zu ersparen. Dabei ist das ein gutes Stichwort. Denn trotz langer Beratung wurde an so mancher Diskussion gespart.

Das Ergebnis nach den stundenlangen Gesprächen der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin (MPK) am gestrigen Dienstag ist dürftig. Die angekündigte harte Verschärfung des Lockdowns, die sich die Regierenden von [ausgewählten Beratern](#) am Montag vorab bestätigen ließ, hat sich erneut als Fortsetzung eines kleinlichen Streits um Nichtigkeiten entpuppt. Lange wurde über Schulen geredet, obwohl das Problem mit den Infektionen nicht dort, sondern in Alten- und Pflegeheimen besteht. Hier helfen jetzt Soldaten der Bundeswehr bei der Umsetzung der Testanordnung aus. Das hatte die Kanzlerin noch persönlich in Absprache mit den Kommunen so [eingefädelt](#). Ein Novum. Merkel wollte sich wohl nicht nachsagen lassen, neben Kindern auch noch die Alten zu quälen. Allerdings läuft diese Hilfe, trotz großer PR-Berichterstattung in den [regionalen Medien](#), zunächst einmal nur [schleppend](#) an.

Dennoch ist der Einsatz der Bundeswehr im Innern kein [kleiner](#). Im Gegenteil. Die Soldaten leisten Amtshilfe und unterstützen beispielsweise den öffentlichen Gesundheitsdienst bei der Kontaktverfolgung. Gern wird die Überlastung der Ämter als Folge der Virusausbreitung dargestellt. Das stimmt so aber nicht und dient wohl eher der Entlastung der Regierenden, die einen jahrelangen Stellenabbau in den Behörden zu verantworten haben. Die Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst sind seit dem Jahr 2000 um mehr als 250.000 zurückgegangen. Die Folgen sind dramatisch. Befristete Neueinstellungen, Arbeitsverdichtung, hoher Krankenstand und Einschränkung von öffentlichen Leistungen. Es ist ja richtig, dass die Kanzlerin keine Kinder quält, ganz sicher hat aber ihre 15-jährige neoliberale Politikagenda, die von rot-grün bereits vorbereitet war, streng orientiert an Schwarzer Null und Schuldenbremse, zu einem eklatanten Missstand im öffentlichen Dienst geführt. Dieser Punkt wird gern übersehen, während man die Soldaten nun als Reservearmee für fehlendes Personal begrüßt.

Bundeswehr stellt die Reservearmee von Arbeitskräften für den Öffentlichen Dienstleistungssektor – dabei müsste der seine zentrale Rolle als Investor und Job-Motor wieder aufnehmen

Darin liegt auch eine Gefahr, da der Einsatz der Streitkräfte von einer notwendigen, der eigenen Überzeugung aber widersprechenden, Kurskorrektur ablenkt. Die Amtshilfe, sollte sie denn erfolgreich sein, könne leicht dazu verführen, „auch weiterhin Personalpolitik im öffentlichen Sektor auf Kante zu nähen, weil man weiß, im „Ernstfall“, wenn Einrichtungen kollabieren, weil das Personal fehlt, kann man auf Bundeswehrpersonal zurückgreifen. Auf Arbeitskräfte, mit beamtenähnlichem Status, weisungsgebunden, staatlich besoldet, die nicht streiken und für die weder das Arbeitsrecht noch der Arbeitsschutz gilt.“ Seltsam ist ja, dass Freiwillige, die darauf gewartet haben, als Helfer in die Pflegeheime entsandt zu werden, laut [MPK-Beschluss](#) erst in einem zweiten Schritt beauftragt werden sollen. Warum? Eine Diskussion darüber hat man sich offenbar gespart.

Bildnachweis: [Andreas Breitling](#) auf [Pixabay](#)

This entry was posted on Wednesday, January 20th, 2021 at 9:44 am and is filed under [Innenpolitik](#). You can follow any responses to this entry through the [Comments \(RSS\)](#) feed. Both comments and pings are currently closed.